



Sudetendeutscher Stammesverband

Vierter Stamm in Bayern

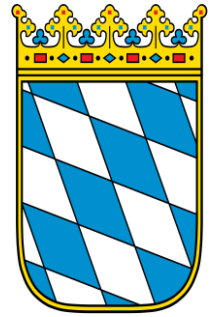
Zweiter Stamm in Böhmen und Mähren

Aubing-Ost-Straße 88 / 81245 München T.0172/8193826

Johann.slezak@sudeten-bayern.de

www.sudeten-bayern.de

Die SUDETEN > BAYERNS & BÖHMENS-MÄHRENS erfolgreichster Stamm



Herrn Ministerpräsidenten

Dr. Markus Söder

Bayerische Staatskanzlei

Franz-Josef-Strauß-Ring 1

80539 München

München, 03.12.2019

Grüß Gott, sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Planung Ihres Besuches bei Ihrem Tschechischen Amtskollegen, Andrej Babis, dürfte mittlerweile abgeschlossen sein, so dass mit Ihrem Besuch in der CZ noch vor Weihnachten zu rechnen ist.

Wir, die Sudetendeutschen, freuen uns darüber, wenn für Sie die Grundsätze, die Sie als Generalsekretär der CSU in Ihrem Schreiben, vom 15.02.2005, im Namen des Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden, Dr. Edmund Stoiber, angeführt haben, auch heute noch gelten. Wenn das der Fall ist, erwarten wir vom heutigen Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden, Dr. Markus Söder, dass er bei seinem Amtskollegen, dem im eigenen Lande sehr umstrittenen Premier, Andrej Babis, die Fakten genau so klar anspricht, wie er es 2005 als Generalsekretär tat.

(Zitate aus Ihrem Schreiben.)

Als eine Schande für das Nachbarland wurden von der CSU-Delegation die Benes-Dekrete und das Straffreistellungsgesetz bezeichnet.

Wir waren uns doch darin einig, dass die Fragen des Vertreibungsrechts, wie zum Beispiel das Selbstbestimmungs- und Heimatrecht oder die offenen Vermögensfragen der Vertriebenen, nicht gelöst werden, in dem man diese Fragen als nicht mehr bestehend erklärt bzw. sie der geschichtlichen Vergangenheit zuordnet.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir erwarten von Ihrem Besuch bei Andrej Babis, dass Sie die immer noch bestehenden uns betreffenden Dekrete und Gesetze so ansprechen, wie 2005 und als Schande für das Nachbarland bezeichnen und die *Forderungen, in denen wir uns einig waren* und die immer noch bestehen, wiederholen.

Wenn Sie zu diesen Ihren Aussagen von 2005 stehen, würden Sie einen Beitrag dazu leisten, dass sich das Tschechische Volk von seiner Schande endlich befreit, die Sudeten-Opfer ins Recht gesetzt werden, und die Vertreibung zukunftsicher aufgearbeitet wird. Die CSU und die Bayerische Staatsregierung würden so Ihre Glaubwürdigkeit wiedergewinnen, denn:

Nichts ist geregelt –was nicht gerecht geregelt ist. (A. Lincoln)

Tragen Sie zu dieser gerechten Regelung bei.

Mit adventlichen, erwartungsvollen Grüßen

Johann Slezak

Anlage 1 Berichte Radio Prag, Söder kommt im Dezember 2019

Nachrichten: Donnerstag, 28. November, 2019

ČTK: Bayerischer Ministerpräsident Söder kommt im Dezember nach Prag

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder soll am 18. Dezember nach Tschechien kommen und sich mit Premier Andrej Babiš (Partei Ano) treffen. Dies berichtete die Presseagentur CTK in Berufung auf Diplomatenkreise. Es ist Söders erster offizieller Besuch in Prag. Die bayerische Staatskanzlei wollte den Termin allerdings am Donnerstag noch nicht bestätigen. Man sei noch in der Phase der Planung, hieß es aus der Presseabteilung der Kanzlei.

Berichte zu Babis: Nachrichten: Samstag, 16. November, 2019

Protest gegen Babiš – Ultimatum bis Jahresende

Premier Andrej Babiš (Ano) müsse sich bis Ende des Jahres von der Agrofert-Holding trennen und Marie Benešová vom Posten der Justizministerin abberufen, oder selbst von seinem Amt als Premierminister zurücktreten. Das forderten die Organisatoren der Protestkundgebung vom Verein „Eine Million Augenblicke für die Demokratie“ am Samstag in Prag. Sollte Babiš dies nicht tun, werde man neue öffentliche Proteste organisieren, kündigte der Vereinsvorsitzende Mikuláš Minář an.

Zur Demonstration haben sich laut Schätzungen der Organisatoren bis 300.000 Menschen auf der Letná-Ebene in Prag versammelt. Innenminister Jan Hamáček (Sozialdemokraten) sprach von 250.000 Demonstranten.

Politiker reagieren auf Großdemonstration gegen Premierminister

Premier Andrej Babiš (Ano) hat in Reaktion auf den Protest gegen seine Person hervorgehoben, dass in Tschechien Freiheit und Demokratie herrschen, die man sich vor 30 Jahren gewünscht hatte. Es sei toll, dass die Menschen ihre Meinung äußern könnten und dafür nicht verfolgt würden, so Babiš.

Präsident Miloš Zeman bezeichnete die Bürgerinitiative „Eine Million Augenblicke für die Demokratie“ bereits am Freitag als undemokratisch. Sie sei undemokratisch, weil sie die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft und des Abgeordnetenhauses sowie sein Verfassungsrecht auf Abolition bestreite, sagte Zeman gegenüber dem Nachrichtenportal parlamentnilisty.cz. Er lehnte es ab, sich mit Vertretern des Vereins zu treffen.

Vizepremier Jan Hamáček (Sozialdemokraten) stellte sich nach der Demonstration hinter den Regierungschef und die Justizministerin. Die Forderungen seien nicht neu, sagte er gegenüber dem Tschechischen Fernsehen.

Unterstützung fand die Demo bei einigen Oppositionspolitikern. Unter anderem Vertreter der Piraten, der Partei Top 09 und des Bündnisses Stan nahmen daran teil.

Nachrichten: Sonntag, 01. Dezember, 2019

Premier Babiš lehnt Interessenskonflikt ab

Er habe seinen Konzern an zwei Treuhandfond überschrieben und so im Sinne des Gesetzes gegen Interessenskonflikte gehandelt. Dies sagte Tschechiens Premier Andrej Babiš am Sonntag im Tschechischen Fernsehen. Der Ano-Politiker reagierte damit auf den fertigen Audit-Bericht der Europäischen Kommission zum möglichen Interessenskonflikt wegen der EU-Förderung an Babiš Ex-Konzern Agrofert.

Bisher ist der Bericht vertraulich und kann nicht eingesehen werden. Es liege nicht in seiner Macht, die zu ändern, so Babiš.

Anlage 2 Schreiben CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder an Johann Slezak

Christlich-Soziale Union



Der Generalsekretär

Dr. Markus Söder, MdB

Herrn
Hans Slezak
Aubing-Ost-Straße 88

81245 München

Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon: 089/12 43-212
Telefax: 089/18 60 47
e-mail: Markus.Soeder@csu-bayern.de
Internet: www.csu.de

15. Februar 2005

Sehr geehrter Herr Slezak,

im Auftrag des CSU-Parteivorsitzenden Dr. Edmund Stoiber erlaube ich mir auf Ihr Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 26.01.2005 zu antworten. Sie weisen darin auf ein angeblich „neuerdings gestörtes Verhältnis“ der CSU zu den Vertriebenen hin und begründen diesen Eindruck mit dem Besuch des CSU-Fraktionsvorsitzenden Joachim Hermann in Prag Ende letzten Jahres.

Wie Sie wissen, ist der geschäftsführende Vorstand der CSU-Landtagsfraktion mit seinem Vorsitzenden Joachim Hermann an der Spitze im November 2004 zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Prag gereist. Diese Reise diente vor allem dem Zweck, die Repräsentanten derjenigen Parteien kennen zu lernen, die gemeinsam mit der CSU Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) und der EVP/ED-Fraktion im Europäischen Parlament sind. Schwerpunkte der Gespräche waren die wirtschaftliche Kooperation zwischen Bayern und Tschechien sowie gemeinsame Fragen der Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung.

Um den Gesprächspartnern deutlich zu machen, dass die CSU sich auch weiterhin immer als Vertreter der Interessen der Vertriebenen sieht, hat der geschäftsführende Fraktionsvorsitzende zu Beginn des Besuchsprogramms dem Büro der Sudetendeutschen Landsmannschaft einen Besuch abgestattet. Darüber hinaus wurden auf einer Pressekonferenz die Beneš-Dekrete und des Straffreistellungsgesetzes abgelehnt und als „Schande“ für das Nachbarland bezeichnet. Die CSU-Vertreter haben dort gefordert, dass die Tschechische Republik die Vertreibung als Unrecht anerkennen muss. Diese Äußerungen wurden auch sehr genau von der tschechischen Seite registriert.

Wir sind uns, denke ich, darin einig, dass die Fragen des Vertreibungsrechts, wie z.B. das Selbstbestimmungs- und Heimatrecht oder die offenen Vermögensfragen der Vertriebenen, nicht gelöst werden, indem man diese Fragen als nicht mehr bestehend erklärt bzw. sie der geschichtlichen Vergangenheit zuordnet. Dies wurde so, im Gegensatz zu einigen Berichten, auch zu keiner Zeit von Vertretern der CSU-Landtagsfraktion in Prag geäußert. Es ist die Bundesregierung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder an der Spitze, die hier ihre Obhutspflichten für die Vertriebenen nicht mehr wahrnehmen will.

Nachdem nun die Tschechische Republik - ohne die Stimmen der CSU-Europaabgeordneten - EU-Mitglied geworden ist, müssen neue Wege gesucht werden, um zu einer für beide Seiten annehmbaren Lösung zu kommen. Der Schirmherr der Sudetendeutschen Volksgruppe, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, schlägt daher direkte Gespräche mit den Repräsentanten der Tschechischen Republik und der Landsmannschaft vor. Dies wird im Übrigen vom Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Ältestenrat der Sudetendeutschen Bundesversammlung ausdrücklich begrüßt.

Von einem „taktischen Manöver“ der Staatskanzlei und führender CSU-Mandatsträger kann hier also nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil: Seien Sie versichert, dass die CSU und die Bayerische Staatsregierung sich auch in Zukunft für die Wahrung der Selbstbestimmungs- und Heimatrechte der Vertriebenen sowie für eine gerechte und für alle Seiten zumutbare Lösung der offenen Vermögensfragen einsetzen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Markus Söder, MdL